

# Politik, Grundrechte und Umweltsorgen während dem Lockdown

Gian-Andrea Monsch<sup>1</sup>, Franziska Ehrler und Stephanie Steinmetz<sup>2</sup>

Das vorliegende Faktenblatt präsentiert die Ergebnisse des Themenbereichs Politik der FORS Covid-19 MOSAiCH Erhebung, die zwischen Ende April und Mai 2020 bei 1'937 Personen in Schweizer Privathaushalten durchgeführt wurde. In diesem Bereich evaluieren wir zum einen, wie die Bevölkerung die Einschränkungen der Grundrechte während Covid-19 erlebt hat und inwiefern sie diese legitimiert. Zum anderen widmet sich dieses Faktenblatt dem Einfluss, welcher Covid-19 auf die Umweltdebatte haben könnte.

## Hauptresultate

- Die teils drastischen Einschränkungen der Grundrechte im Frühjahr 2020 wurden von einem grossen Teil der Bevölkerung toleriert und sogar befürwortet. Mit ein Grund für diese Akzeptanz ist die Überzeugung, dass das politische System hierzulande Lösungen für solche Krisen hervorbringen vermag.
- Die Bevölkerung vertraut der Politik und den wissenschaftlichen Fachleuten sowohl vor wie auch während Covid-19. Skeptischer ist sie den Nachrichtenmedien und der Wirtschaft gegenüber.
- Die Bevölkerung glaubt nicht daran, dass Covid-19 sich positiv auf die Umwelt auswirken wird. Vielmehr werden die wirtschaftlichen Schäden den Umweltschutz in den Hintergrund rücken.
- Die Rangliste der wichtigsten Problembereiche für die Schweiz bleibt die Gleiche. Jedoch hat die Umwelt, nach der Gesundheitsversorgung an zweiter Stelle, an Bedeutung verloren. Die Wirtschaft hingegen hat an Wichtigkeit zugelegt.

## FORS Covid-19 MOSAiCH Erhebung

Um einen Beitrag zum Verständnis der Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesellschaft in der Schweiz zu leisten, wurden in MOSAiCH (<https://forscenter.ch/mosaich/>), Frauen zu Covid-19 und den damit einhergehenden Massnahmen aufgenommen. MOSAiCH ist eine jährlich stattfindende sozialwissenschaftliche Erhebung. Die Fragen beschäftigen sich mit den Themen Wohlbefinden, Arbeit, Vereinbarkeit Familie und Beruf sowie Politik. Zwischen Ende April und Ende Mai 2020 wurde der Onlinefragebogen von 1'937 Personen beantwortet, die in Privathaushalten in der Schweiz leben und mindestens 18 Jahre alt sind. Die Resultate wurden statistisch gewichtet, um eine bessere Repräsentativität für die Schweizer Bevölkerung zu erreichen. Die Personen werden im Herbst 2020 ein zweites und im Frühling 2021 ein drittes Mal befragt, um die Auswirkungen von Covid-19 längerfristig messen zu können. Für den Themenbereich Politik haben wir ausserdem die Möglichkeit, Antworten der gleichen Teilnehmer vor und während dem Lockdown zu vergleichen.

<sup>1</sup> Kontakt: gianandrea.monsch@fors.unil.ch

<sup>2</sup> Ein herzliches Dankeschön für die Mitarbeit an diesem Projekt geht an Victor Legler, Michèle Ernst-Stähli, Georg Lutz, Nicolas Pekari, Boris Wernli, Alexandre Pollien, Karin Nisple, Michael Ochsner und Marlène Sabin.

## **Grundrechte dürfen vom Bundesrat während einer Krise eingeschränkt werden**

Während Covid-19 musste der Bundesrat den Ausnahmezustand verhängen und somit die Grundrechte der Bevölkerung wesentlich einschränken. So wurde die Bewegungsfreiheit durch das Schliessen der Grenzen stark beschnitten und mit dem vorübergehenden Verbot der Versammlungsfreiheit wurde auch die Meinungsfreiheit de facto begrenzt. Auch wenn diese Massnahmen mit dem Schutz der Gesundheit der Gesellschaft und insbesondere der Risikogruppen gerechtfertigt werden, können sie eine Gefahr für die Demokratie darstellen. Wie die Umfragedaten zeigen, war sich die freiheitsliebende Schweiz dieser Tatsache bewusst.

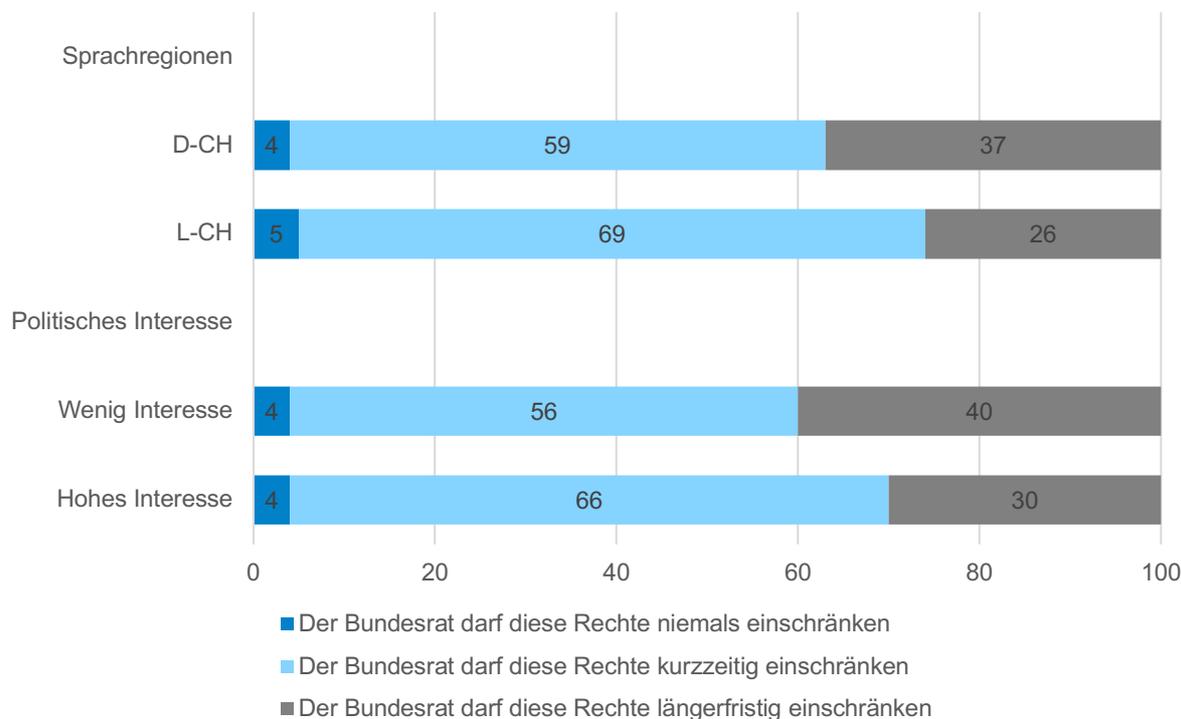
Verständlicherweise war die Akzeptanz für diese Einschränkungen innerhalb der Bevölkerung gross. 85 Prozent aller Befragten waren der Meinung, dass die Einschränkungen der Grundrechte durch den Bundesrat gerechtfertigt waren. Diese breite Zustimmung kommt wahrscheinlich nicht zuletzt daher, weil ebenso viele daran glauben, dass das politische System der Schweiz als Ganzes fähig ist, Lösungen für solche Krisen hervorzubringen (80 Prozent stimmen (stark) zu). Dennoch bleibt man vorsichtig, was solche Einschränkungen betrifft. So meinen knapp zwei Drittel der Befragten, dass Grundrechte nur kurzfristig eingeschränkt werden dürfen (62 Prozent) und nur ein Drittel würde auch eine längerfristige Einschränkung tolerieren (34 Prozent). Zudem empfanden mehr als die Hälfte diese Einschränkungen als problematisch, auch wenn sie notwendig und gerechtfertigt waren (55 Prozent). Die Bevölkerung ist sich also einig, dass ein Ausnahmezustand das bleiben soll, was in seinem Namen steht: eine Ausnahme.

Das gezeichnete Bild innerhalb der Gesamtbevölkerung findet sich auch in den Analysen verschiedenster Teilgruppen wieder. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass sowohl die lateinische Schweiz (Romandie und Tessin) als auch generell politisch interessierte Befragte vermehrt nur eine kurzzeitige Einschränkung der Grundrechte tolerieren (Abbildung 1).<sup>3</sup> Folgerichtig empfanden auch mehr Befragte aus diesen beiden Gruppen solche Einschränkungen als problematisch, auch wenn diese notwendig und gerechtfertigt sind. Keine Unterschiede haben wir dagegen beim Geschlecht, beim Alter, sowie bei verschiedenen politischen Einstellungen gefunden.

---

<sup>3</sup> Personen mit hohem politischem Interesse haben bei der Befragung angegeben, dass Sie sich «sehr» oder «ziemlich» für Politik interessieren. Personen mit wenig politischem Interessen sind «nicht sehr» oder «überhaupt nicht» interessiert.

Abb. 1 Meinungen bzgl. Einschränkungen der Grundrechte in den Sprachregionen und anhand des politischen Interesses (in % der Befragten)

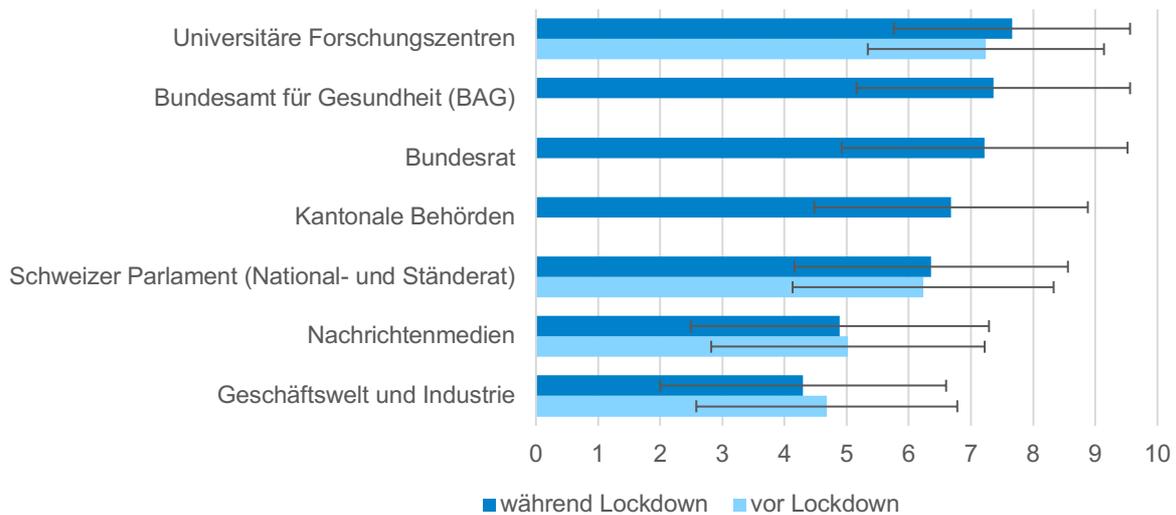


N=1874. Wie weit darf der Bundesrat die Grundrechte (Bewegungs-, Meinungs-, oder Versammlungsfreiheit) der Bevölkerung während der Coronakrise einschränken? Niemals, kurzzeitig oder längerfristig?

Ein Grund, warum die Befragten Einschränkungen in die Grundrechte hinnehmen, könnte sein, dass sie dem politischen System zutrauen solche Krisen überwinden zu können. Hinzu kommt ein generell hohes Vertrauen in politische Institutionen im Europäischen Vergleich.<sup>4</sup> Dies wird auch aus der MOSAiCH Befragung ersichtlich. So hatte die Schweizer Bevölkerung bereits vor dem Lockdown ein relativ hohes Vertrauen in den National- und Ständerat (Durchschnitt von 6.2 auf einer Skala von 0 bis 10). Mehr vertraute sie nur den Universitäten und eidgenössischen Hochschulen (7.2). Skeptischer ist sie jedoch gegenüber den Medien und der Wirtschaft. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, hat sich diese Konstellation während Covid-19 nicht verändert – sie hat sich eher noch zementiert. So stieg das Vertrauen in die Hochschulen sowie in die nationale Legislative leicht an. Ähnlich viel traute man dem Bundesrat, dem Bundesamt für Gesundheit, sowie den kantonalen Behörden zu. Dies stellt diesen Akteuren ein ausgezeichnetes Zeugnis aus, standen sie doch täglich im Zentrum des öffentlichen Interesses. Demgegenüber nahm das Vertrauen in die Medien und die Wirtschaft nur leicht aber signifikant ab. Dass dieses Vertrauensvotum schweizweit vorhanden war, zeigt sich auch in der Analyse verschiedener Teilgruppen, wo es keine signifikanten Unterschiede gab.

<sup>4</sup> Siehe auch Bauer, P. C., Freitag, M., und P. Sciarini. 2013. Political Trust in Switzerland: Again a special case? SSRN. <https://ssrn.com/abstract=2471152>.

Abb. 2 Vertrauen in politische Institutionen vor und während dem Lockdown (Mittelwerte)



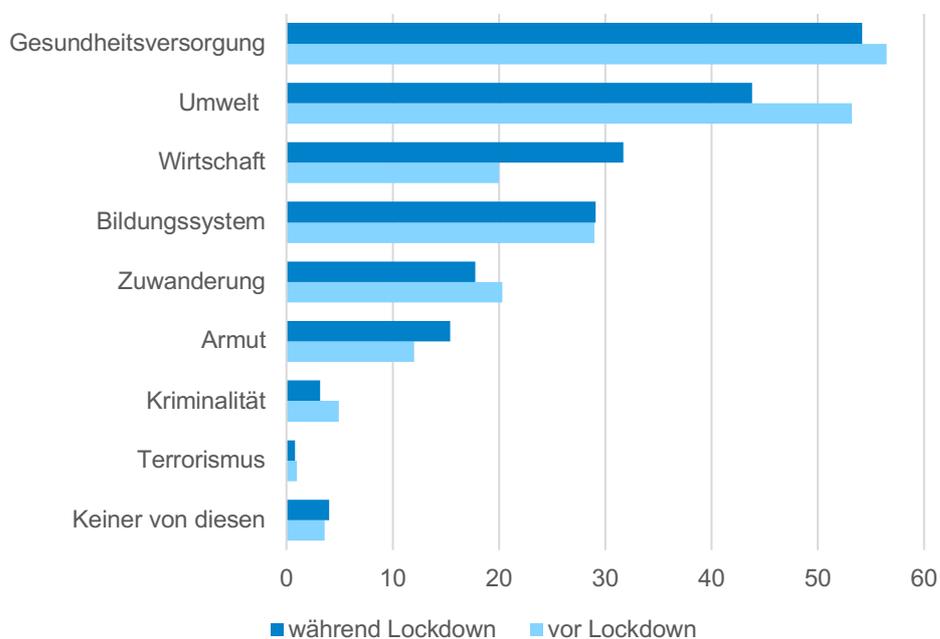
*N=1'840-1887. Bitte benutzen Sie diese Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet «überhaupt kein Vertrauen» und 10 bedeutet «absolutes Vertrauen». Wie viel vertrauen haben sie persönlich in die folgenden Institutionen? Alle gezeigten Unterschiede sind signifikant.*

## Covid-19 mehr Bedrohung als Chance für die Umwelt

Ein zweites Thema, welches wir in unserer Umfrage angesprochen haben, war der Zusammenhang zwischen Covid-19 und dem Umweltschutz. War die Klimabewegung bis kurz vor Ausbruch der Pandemie hierzulande noch in aller Munde, ist sie inzwischen fast verstummt. Dadurch besteht natürlich die Gefahr, dass die Bedürfnisse der Natur in Vergessenheit geraten. Gleichzeitig keimte während dem Lockdown verschiedentlich die Hoffnung auf, dass sich Covid-19 positiv auf die Umwelt auswirken könnte. Wie beurteilten die Befragten den Zusammenhang zwischen Covid-19 und dem Umweltschutz?

Abbildung 3 vergleicht die wichtigsten Problembereiche in der Schweiz vor und während dem Lockdown. Die Befragten wurden dazu aufgefordert, die zwei wichtigsten Problembereiche anhand der in Abbildung 3 aufgeführten Liste zu benennen. Die starken kurzfristigen Veränderungen zwischen der ersten Erhebung vor dem Lockdown und der zweiten Befragung während dem Lockdown versprechen nichts Gutes für die Umwelt. Zwar bleibt die Umwelt nach der Gesundheitsversorgung auf dem zweiten Platz der bedeutendsten Problembereiche der Schweiz, verliert aber fast zehn Prozentpunkte auf Kosten der Wirtschaft, welche ihrerseits klar zulegen kann (fast 12 Prozent). Neben dieser starken Veränderung steigt auch die Bedeutung des Problembereichs Armut leicht an (3.4 Prozent). Dies könnte in Verbindung mit der Armutsdiskussion während Covid-19 in der Schweiz und weltweit stehen. Die Wahrnehmung der anderen Problembereiche ist bisher nur ganz leicht betroffen, weshalb wir dort nur sehr geringfügige Veränderungen beobachten können. Es wird jedoch spannend sein zu beobachten, wie sich die Wahrnehmung der Problembereiche in den nächsten zwei Befragungen weiter verändern wird (Herbst 2020 und Frühjahr 2021).

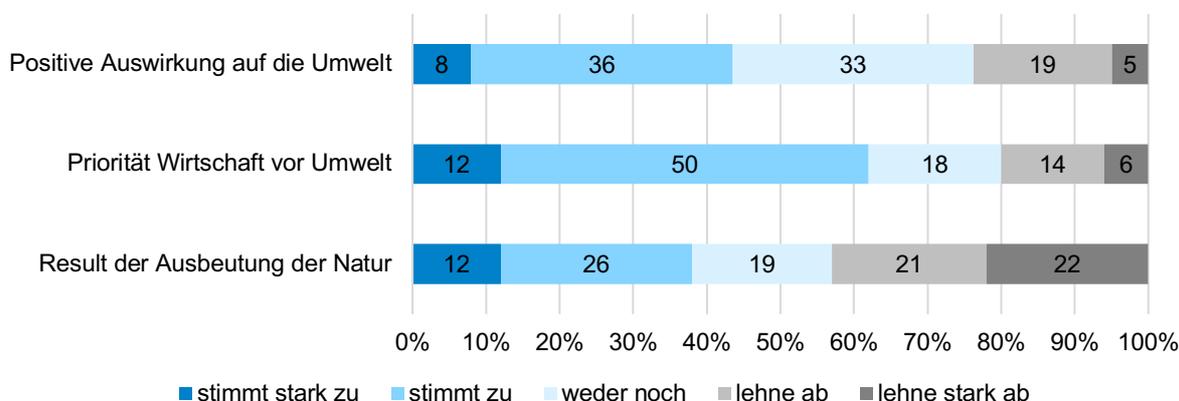
Abb. 3 Die wichtigsten Problembereiche für die Schweiz vor und während dem Lockdown (in % der Befragten)



*N=1852-1896. Welcher der folgenden Problembereiche ist Ihrer Meinung nach heute für die Schweiz am allerwichtigsten? Welcher Problembereich ist am zweitwichtigsten? Die im Text besprochenen Unterschiede sind signifikant.*

Im Einklang mit den oben beschriebenen Veränderungen in der Bedeutung der Problembereiche, ist die Bevölkerung auch skeptisch gegenüber der Hoffnung, dass sich Covid-19 positiv auf die Umwelt auswirken könnte (Abbildung 4). Während weniger als die Hälfte (44 Prozent) glaubt, dass Covid-19 einen positiven Einfluss auf die Umwelt haben wird, ist die Mehrheit der Meinung, dass die Pandemie entweder keinen (33 Prozent) oder sogar einen negativen Einfluss (23 Prozent) entfalten wird. Diese Skepsis wird noch verstärkt durch die vorherrschende Auffassung, dass am Ende des Lockdowns den Bedürfnissen der Wirtschaft doch wieder auf Kosten von Umweltfragen der Vorzug eingeräumt werden wird. Fast zwei Drittel der Befragten stimmten dieser Aussage zu (62 Prozent). Die Bevölkerung glaubt jedoch nicht daran, dass Covid-19 hausgemacht ist. Fast zwei Drittel sind der Meinung, dass Covid-19 kein Resultat der Ausbeutung der Natur durch den Menschen ist.

Abb. 4 *Wie hängt die Umwelt mit Covid-19 zusammen? (in Prozent der Befragten)*



N= 1723-1797. *Wie stark stimmen Sie folgenden Aussagen über die Beziehung zwischen Coronavirus und der Umwelt zu? Die Coronakrise wird sich langfristig gesehen positiv auf die Umwelt auswirken. Am Ende der Coronakrise wird die Wiederinstandsetzung der Wirtschaft priorisiert werden, auf Kosten von Umweltfragen. Die Coronakrise ist ein Resultat der Ausbeutung der Natur durch den Menschen.*

Obwohl die wieder aufkommende Umweltbewegung der letzten Jahre oft auch als Klimajugend bezeichnet wird, finden wir interessanterweise keine markanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen. So glauben die jüngsten Teilnehmer unserer Umfrage in gleichem Masse an die positiven Umweltauswirkungen von Covid-19 wie ältere Teilnehmer (49 Prozent Zustimmung der 18- bis 30-Jährigen gegenüber 46 Prozent der über 65-Jährigen). Die 31- bis 64-Jährigen sind am skeptischsten gegenüber den positiven Auswirkungen von Covid-19 auf die Umwelt (41 Prozent Zustimmung). Für die Aussage, dass die Bedürfnisse der Wirtschaft am Ende des Lockdowns priorisiert werden, finden wir immerhin bei den Jungen die grösste Zustimmung. Jedoch fallen auch hier die Unterschiede kleiner aus als erwartet (68 Prozent Zustimmung bei den 18-30 Jährigen gegenüber 61 Prozent (31-64) und 59 Prozent (65+)). Abschliessend finden wir keine Unterschiede nach Alter bei der Frage, ob Covid-19 ein Resultat der Ausbeutung der Natur durch den Menschen sei. Umweltsorgen sind folglich generationenübergreifend.

In diesem Zusammenhang, hilft uns nicht so sehr das Alter, sondern eher die politische Einstellung Unterschiede zu diesen Aussagen zu verstehen.<sup>5</sup> So zweifeln Befragte, die linken Parteien nahe stehen (63 Prozent) eher an den positiven Umweltauswirkungen von Covid-19 auf die Umwelt als Personen, die Mitte (54 Prozent) oder rechten Parteien (50 Prozent) nahestehen. Dafür sind Personen aus dem rechten Lager skeptischer gegenüber der Aussage, dass die Wiederinstandsetzung der Wirtschaft am Ende der Coronakrise auf Kosten von Umweltfragen priorisiert wird (56 Prozent gegenüber 36 Prozent Mitteparteien bzw. 33 Prozent linke Parteien). Dass Covid-19 ein Resultat der Ausbeutung der Natur durch den Menschen sei, glauben vor allem Menschen mit einer Affinität für linke Parteien (45 Prozent). Nur ein Drittel der Menschen mit einer Vorliebe für rechte Parteien (34 Prozent) und gar nur 27 Prozent der Anhänger von Mitteparteien glauben an einen solchen Zusammenhang. Gemäss dieser Analysen scheint also die politische Couleur mindestens so wichtig wie das Alter zu sein, um die Umweltsorgen der Bevölkerung in Coronazeiten zu verstehen.

<sup>5</sup> Die politische Einstellung wird mittels der einem am Nächsten stehenden Partei gemessen. Rechte politische Einstellung: SVP, EDU, Lega, MCG. Mitte: FDP, CVP, GLP, BDP, ML-CSP, LDP Basel, Piraten. Links: SP, GPS, PdA, AL, SolidaritéS, Ensemble à Gauche.

Ebenfalls finden wir Unterscheide beim Geschlecht sowie bei den Sprachregionen. So glauben Frauen zum eine eher an die positive Auswirkung der Coronakrise auf die Umwelt (48 Prozent der Frauen gegenüber 40 Prozent der Männer stimmen (stark) zu) und zum anderen dass Covid-19 ein Resultat der Ausbeutung der Natur durch den Menschen ist (42 Prozent der Frauen gegenüber 33 Prozent der Männer). Keine Unterschiede existieren bei der Frage nach der Priorisierung der Wirtschaft. Zwischen den Sprachregionen finden wir keine Unterschiede bei der Frage nach den positiven Auswirkungen von Covid-19 auf die Umwelt. Dagegen ist der Glaube an eine Priorisierung der Wirtschaft viel stärker in der Deutschschweiz als in der lateinischen Schweiz verbreitet (68 Prozent gegenüber 49 Prozent im Tessin und in der Westschweiz). Das Gegenteil ist der Fall bei der Frage, ob der Ursprung von Covid-19 in der Ausbeutung der Natur durch den Menschen zu sehen sei (52 Prozent Zustimmung im Tessin und in der Westschweiz, 31 Prozent in der Deutschschweiz).

## Schlussfolgerung

Obwohl die FORS Covid-19 MOSAiCH Erhebung nur wenige Fragen zum Thema Politik stellen konnte, lässt sie doch zwei wichtige Schlussfolgerungen zu. So zeigt sie sehr deutlich, dass das politische System der Schweiz robust genug ist, um einer Pandemie entgegenzutreten. Die Befragten haben den politischen Institutionen ihr Vertrauen ausgesprochen, unabhängig davon, ob es sich um nationale, kantonale oder spezifische Institutionen und Behörden (BAG) handelt. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Schweizer Politik: Sie kann bei Bedarf tiefgreifende Massnahmen zur Steuerung einer Krise erlassen und davon ausgehen, dass die Schweizer Bevölkerung diese Massnahmen zumindest für einen befristeten Zeitraum auch umzusetzen versucht. Dieser Befund scheint auf den ersten Blick stabil zu sein; so konnten wir kaum Änderungen vor und während dem Lockdown feststellen und die Sichtweise unterscheidet sich wenig zwischen verschiedenen Gruppen in der Schweiz.

Während das Vertrauen und der Glauben in das politische System während den ersten Monaten der Coronakrise stabil blieben, änderten sich die Prioritäten der Befragten markant. So hat die Umwelt in kurzer Zeit an Bedeutung verloren, während das Thema Wirtschaft und in kleinerem Ausmass die Armut Boden gut gemacht haben. Sind diese Veränderungen nur Ausdruck des Lockdowns oder werden sich die Prioritäten der Schweizer Bevölkerung längerfristig verändern? Da Problembereiche generell einer starken Volatilität ausgesetzt sind, wird es interessant sein diese Veränderungen weiterzuverfolgen, wenn wir die Befragten in diesem Oktober und im Frühling 2021 wieder befragen.<sup>6</sup>

Schlussendlich muss festgehalten werden, dass es sich bei diesem Bericht um eine Momentaufnahme handelt, welche nur auf sehr einfachen und deskriptiven Analysen beruht. Weitere Daten und Analysen sind daher notwendig um die hier gemachten Annahmen zu bestätigen oder zu widerlegen.

---

<sup>6</sup> Siehe auch Tresch, Anke, Lauener, Lukas, Bernhard, Laurent, Lutz Georg und Laura Scaperrotta. 2020. Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne. S. 65, Tab. 11.